

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1862

19.10.1862 (No. 246)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 19. Oktober.

N. 246.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einkaufsgeld: die gepaltene Petzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1862.

Amtlicher Theil.

Karlsruhe, 18. Oktober.

Dienstnachrichten.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 4. Oktober d. J.

gnädigt bewogen gefunden, den Ministerialrath von Seyfried und die Oberamtsrichter Sachs und von Vincenti zu Karlsruhe auf die nachfolgenden zwei Jahre, bis zum Oktober 1864, zu Mitgliedern des Obergerichtsraths;

den außerordentlichen Professor Dr. Hans von Mangoldt in Göttingen zum ordentlichen Professor der staatswirtschaftlichen Fächer an der Universität Freiburg zu ernennen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben mit höchster Entschlieung aus großh. Staatsministerium vom 21. Juli d. J. gnädigt geruht, auf die höchstehende Patronat unterliegende kathol. Pfarrei Ludwigsbafen, Landkapitels Spöckach, den Pfarrverweser Gustav Adolf Benz in Schwörstadt zu ernennen, und es ist derselbe am 18. Sept. d. J. kirchlich eingesetzt worden.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben mittelst höchster Entschlieung aus großh. Staatsministerium vom 21. Juli d. J. gnädigt geruht, aus der Zahl der von dem Hrn. Erzbischof vorgeschlagenen drei Bewerber den Pfarrei Franz Anton Schmid in Weisenbach für die kathol. Pfarrei Grafenhausen, Landkapitels Fahr, zu designiren, und es ist derselbe am 18. Sept. l. J. kirchlich eingesetzt worden.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben aus der Zahl der von dem Hrn. Erzbischof der großh. Staatsregierung vorgeschlagenen drei Bewerber mittelst höchster Entschlieung aus großh. Staatsministerium vom 21. Juli d. J. den Pfarrverweser Wilhelm Seilnacht in Wörzingen für die kathol. Pfarrei Adfaren, Dekanats Endingen, gnädigt zu designiren geruht, und ist demselben am 16. Sept. d. J. die kirchliche Institution ertheilt worden.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

Δ München, 18. Okt. Der deutsche Handelsstag hat bezüglich der Zollvereinigung mit Oesterreich den Ausschufsantrag mit 138 gegen 57 Stimmen angenommen. Der beifällige Antrag der österreichischen Abgeordneten wurde mit 117 gegen 80 Stimmen abgelehnt.

Der Ausschufsantrag geht — wie wir wiederholen — dahin: Die nach dem Vertrag vom 19. Febr. 1853 zwischen dem Zollverein und Oesterreich bestehenden Verkehrsvereinfachungen sind möglichst dahin auszubehnen, daß bei der Mehrzahl der beiderseitigen Erzeugnisse des Bodens und der Industrie ein vollstetiger Verkehr eintrete, wogegen die bisherige Selbständigkeit der beiden Zollgebiete auch ferner erhalten bleibe!

† München, Samstag 18. Okt., Nachmittags 5 Uhr 15 Min. Der Handelsstag ist so eben geschlossen worden. In Betreff der österreichischen Zollvereinigung und der Zollvereins-Reform wurden die Ausschufsanträge angenommen. Als nächster Versammlungsort wurde Braunschweig gewählt. In den ständigen Ausschuf wurden gewählt: Hänle, Wertheim, Stahlberg, Hansemann, Soetbeer, v. Sybel, Weigel, Bederath, Meyer, Behrens, Jordan, Liebermann, Wesenfeld, Moll, Maierhöfer. Es lehnen ab: Hansemann, Wertheim, Hänle und Maierhöfer. Dafür wurden gewählt: Sattler, Scherpius, Claffen-Kappellmann, Müller.

Δ Wien, 18. Okt. In der heutigen Sitzung des Unterhauses bringt Minister v. Kaiser eine Novelle in Betreff des Vergleichsverfahrens ein. Dieselbe wird einem neu zu wählenden Ausschuffe zugewiesen. Finanzminister v. Plener bringt eine neue Vorlage, eine dreijährige Erhöhung der direkten Steuer betreffend, basirt auf die zurückgegangene Vorlage, ein. Er schildert die Finanzlage, und bezeichnet das Defizit von 1862 um 25 Millionen geringer, als präliminirt war. Das Jahr 1863 werde mit 22 Millionen Kassa-Baarschaft angetreten; daher sei keine Herbeischaffung von Geld zur Deckung des Defizits notwendig, wenn die Steuererhöhung und die Bankakte angenommen werden.

Δ St. Petersburg, 18. Okt. Ein kaiserl. Befehl bestimmt, daß den Militärgerichten künftig öffentliche Anklagen und Verteidiger beigegeben werden sollen. Ein Dekret des Generalgouverneurs von Wilna hebt den Belagerungszustand für Stadt und Bezirk auf. Das Tragen von Waffen bleibt verboten; Staatsverbrecher unterstehen auch ferner den Kriegsgerichten.

Neu-York, 8. Okt. (W. L. V.) 40,000 Secessionisten unter Price und van Dorn haben bei Corinth die Unionisten unter Rosenkrantz angegriffen. Die Schlacht dauerte zwei Tage. Einem Bericht von Rosenkrantz zufolge wurden die Secessionisten nach einem großen Blutbad zurückgeworfen. Die letzten offiziellen Berichte der Unionisten bestätigen die völlige Niederlage des Feindes. — Die Secessionisten zogen sich über Fredericksburg gegen Richmond zurück; sie haben

Frankfurt geräumt. — Die süddeutsche Senatskommission hat eine Resolution angenommen, nach welcher vom nächsten 1. Januar an bis zur Beendigung des Kriegs oder bis zur Zurücknahme der Sklavenbefreiungs-Proklamation Vincenz's alle gefangenen Offiziere des Nordens zu Zwangsarbeiten angehalten werden sollen. — Die Secessionisten sollen Warrenton und Bristol genommen haben. Gold 124 1/2. Wechsel auf London 137—137 1/2.

Deutscher Handelstag.

München, 17. Okt. (Werte Sitzung.) Der deutsche Handelstag hat heute über die erste Frage, die des französischen Handelsvertrags, eine Entscheidung getroffen, indem er nach längerem Kampfe mit 100 gegen 96 Stimmen den bekannten Antrag der Minorität des bestehenden Ausschusses, der unter allen Umständen die Aufrechterhaltung des Handelsvertrages will, zum Beschluß erhob.

Die Sitzung begann um 9 Uhr. Zunächst wurde beschlossen, daß noch ein Redner von jeder Partei sprechen und dann die Generaldiskussion geschlossen sein solle. Zuerst erhält das Wort Hr. Jungermann von Frankfurt, welcher zu Gunsten des Hrn. v. Bederath vertritt. v. Bederath ath aus Grefeth: Der Vortrag, welchen der Hr. Präsident Hansemann am Schluffe der gestrigen Sitzung hielt, enthalte Anschauungen, die zu keinem gedeihlichen Ziele führten. Er (Redner) könne sich denken, daß Preußen so entgegenkommend wie möglich sei, aber nicht, daß es darauf eingehen werde, in Verhandlungen sich einzulassen über einen von seiner Seite bereits perfecten Vertrag, welche die Aufrechterhaltung dieses Vertrages an Bedingungen knüpfen. Es sei bestritten worden, daß Preußens Ehre verpändet sei; er müsse wiederholen, daß Preußen sich moralisch so gebunden habe, so weit gegangen sei, als es nur konnte, und daß, ginge Preußen jetzt zurück, seine Stellung in Deutschland erschütteret, sein Einfluß vernichtet wäre. Preußens Ehre aber sei Deutschlands Ehre, denn wenn ein Glied leide, so leide das Ganze. Preußen habe sich in liberaler Weise gegen seine Verbündeten benommen, und wenn gesagt wurde, man setze die Pistole auf die Brust, so sei daran nicht Preußen, sondern die schlechte Verfassung des Zollvereins Schuld. Preußen habe Alles gethan, was es konnte. Dies habe ja selbst die bayrische Note vom 29. Sept. 1861 anerkannt, und Preußen für die Wahrung deutscher Interessen gebant. Die seither eingetretene Tarifermäßigungen seien nicht so bedeutend, daß dadurch das jetzt entgegengelegte Verhalten Bayerns motivirt werde. Redner weist ferner auf die sächsische Note an Oesterreich hin. Das Auftreten des Hrn. Hansemann am Schluffe der gestrigen Sitzung, seine Aeußerungen in Beziehung auf den Handelsvertrag und die Stellung Preußens zu demselben haben bei dem Redner ein schmerzliches Erstaunen hervorgerufen; er bedauere dieses Verfahren eines um Preußen mannigfaltig verdienten Mannes tief, denn es führe zur Erniedrigung Preußens. Eine langjährige Gemeinshaft im Staatsleben, erklärt Redner vor der lautlos harrenden Versammlung, habe ihn bisher mit Hrn. Hansemann verbunden; dieses Band sei nunmehr aufgelöst. Wenn Hr. Hansemann jetzt das ungeheure Opfer bringe, gegen seine Vergangenheit zu stimmen, so sei dies zwar ein Zeichen seiner Unabhängigkeit, er könne es aber nur beklagen. Redner schließt mit den Worten: „Halten wir fest an dem als recht Erkannten, und der Sieg wird uns gewiß sein!“

Präsident Hansemann: Er sei seiner Vergangenheit nicht untreu geworden; schon im Jahr 1849 habe er für die nämliche Sache wie jetzt gewirkt und die Geschichte habe seine Ansicht bestätigt. Er habe auch nicht mit seiner Regierung gebrochen; es werde sich vielmehr zeigen, daß eher das Gegentheil der Fall sei.

Maierhöfer aus Wien: Den Oesterreichern sei gestern zugerufen worden, nach überhandener Kräfte sollten sie wieder kommen; sie — die Oesterreicher — könnten dagegen nur wünschen, daß Preußen seine Krisis glücklich bestehen möge. Der Handelsvertrag verwirkliche nicht die Prinzipien des freihändlerischen Fortschritts, wie behauptet worden, und wenn Frankreich einmal den Vertrag in der Tasche habe, werde es sich zu Konzessionen nicht mehr herbeilassen. Wenn man behaupte, Preußens Ehre sei verpändet, glaube man denn, daß den Oesterreichern, wenn es wirklich der Fall wäre, die Ehre des preußischen Volkes gleichgiltig sei? Der Vorwurf, daß die süddeutschen Regierungen die Angelegenheit verzögert hätten, sei unrichtig; schon im Mai 1860 habe die württembergische Regierung auf die Nothwendigkeit hingewiesen, die Verhandlungen in freiem Einvernehmen mit Oesterreich zu führen. Redner fordert schließlich als Recht Oesterreichs, daß dessen Vorschläge noch vor Annahme des Handelsvertrages eingehend geprüft würden.

Der Präsident will hierauf die Verhandlungen auf einige Zeit vertagen. Junke aus Hagen wünscht vor Schluß der Generaldiskussion noch als Vertreter aus den Rheinlanden das Wort, wird aber auf die Spezialdebatten verwiesen. Um zur Fassung verschiedener intendirter Amendements Zeit zu gewahren, wird die Sitzung auf eine Stunde vertagt. Präsident Hansemann macht vorher noch darauf aufmerksam, wie wünschenswerth es sei, sich im möglichst großer Majorität für ein enges Zollbündniß mit

Oesterreich, vor Allem aber über die Nothwendigkeit der Fortdauer des Zollvereins zu einigen. Die einzelnen Mitglieder begeben sich hierauf in die verschiedenen Fraktionsversammlungen.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung bringt der Präsident einen von 14 Mitgliedern unterzeichneten Antrag zur Kenntniß, wonach die Ausschufsanträge nochmals an den durch Mitglieder des Plenums veränderten Ausschuff zurückgewiesen werden sollen, um eine Fassung zu finden, welche eine Verständigung und möglichst starke Majorität erziele. Meier aus Bremen glaubt im Namen der Minorität erklären zu können, daß dieselbe unter allen Umständen an der Aufrechterhaltung des Handelsvertrages festhalten werde, und daß sie eine nochmalige Zurückweisung an den Ausschuff nur so auffassen könne, als wolle sich in dieser Frage die Majorität des Ausschusses der Minoritätsmeinung anschließen; andernfalls sei die Sache eine unnütze Zeitverschwendung. v. Sybel stimmt Dem bei. Junke von Hagen befürwortet den von ihm unterzeichneten Zurückweisungsantrag; derselbe wird jedoch mit 95 gegen 87 Stimmen abgelehnt.

Ein von den Oesterreichern eingebrachtes Amendement will ausgesprochen wissen, daß der französische Handelsvertrag dem Rechte und den Interessen Oesterreichs präjudizire und daß deshalb dessen Annahme nicht zu empfehlen sei. v. Kerstorff aus Augsburg bringt den schon angelegten Antrag dahin ein: „Der deutsche Handelstag beschließt: Die Erneuerung des Zollvereins, die Reform seiner Verfassung und seines Tarifs, die österreichischen Vorschläge vom 10. Juli 1862, sowie ein mit Frankreich zum Abschluß zu bringender Handelsvertrag sollen von den Regierungen gleichzeitig in Berathung gezogen und mit thunlichster Beschleunigung einer endgiltigen Erlebigung zugeführt werden.“

Behrens aus Danzig macht darauf aufmerksam, daß, wie schon vom Präsidenten angedeutet, dieser Antrag als Abänderung der Tagesordnung eine Zustimmung von 2/3 Majorität erfordere. v. Kerstorff bestrittet, daß in dem Antrag eine Abänderung der Tagesordnung liege; er laufe neben demselben her. Der Präsident erklärt, daß der Antrag allerdings eine Abänderung der Tagesordnung enthalte, und leitet, da der Antragsteller darauf beharrt, die Abstimmung über die Zulässigkeit des Antrags ein. Gegen Ende der Abstimmung zieht v. Kerstorff bei der offenbar ablehnenden Majorität den Antrag „der Zeitersparniß wegen“ zurück.

Es wird nunmehr zur Spezialdebatte über den französischen Handelsvertrag eingegangen, und ergreift zunächst der Referent Puschner aus Nürnberg das Wort, um den Majoritätsantrag gegen die Angriffe zu verteidigen. Der gestern vom Präsidenten Hansemann vorgelegte Standpunkt, daß Preußen bei der Ablehnung auch nur ein Zollvereins-Mitgliedens an den Vertrag nicht gebunden sei, und daß der Handelsvertrag lieber geopfert werden müsse, als der Zollverein, wie es geschehe, durch ihn gefährdet, sei auch der seinige. Bei dem Vertrage sei nicht die Tariffrage die Hauptsache, sondern der für das Verhältnis zu Oesterreich präjudizirliche Artikel 31. Man müsse das gute Abfahgebiet, das wir jetzt an Oesterreich hätten, nicht einem ungewissen hingeben.

Poppen aus Leipzig motivirt ein Amendement, welches nur in der Fassung von dem Majoritätsantrag abweicht; ebenso Wesenfeld aus Barmen ein ähnliches, etwas mehr sich dem Minoritätsantrag näherndes, wonach Absatz 2 statt des Ausdrucks „nothwendig“ folgende Fassung erhalte: „Es ist im volkswirtschaftlichen Interesse des Zollvereins dringend anzuempfehlen, daß der Art. 31 so gefaßt werde.“ (wie im Majoritätsantrag).“

Meier von Bremen befürwortet den Minoritätsantrag gegenüber dem sich widersprechenden und, wenn er den Ausdruck gebrauchen dürfe, verschwommenen Majoritätsantrag, greift einzelne Ausführungen des Referenten als thatsächlich unrichtig an, wünscht ebenfalls die angeführte Erläuterung des Art. 31, bezweifelt aber deren Mächtigkeit, und weist auf einen andern Ausweg hin. Der Art. 32 ermöglichte nämlich den Abschluß neuer Verträge, also auch mit Oesterreich, welchem auf diesem Wege, wenn auch nicht die bisherigen Differenzialzölle, so doch andere wesentliche Verkehrsvereinfachungen gewährt werden könnten. Daß durch den Vertrag Deutschland seine Selbständigkeit einbüße, sei unrichtig. Dagegen sei nicht zu läugnen, daß Preußens Ehre verpändet sei. Trete Preußen zurück, so sage es damit, es habe seine Vollmacht überschritten, und dies sei doch nicht der Fall. Preußen habe ferner seine Kammer über die Frage entscheiden lassen, und erklärt, wenn der Vertrag abgelehnt werde, so betrachte es den Zollverein von den ablehnenden Regierungen für gekündigt. Nach dieser Erklärung sei Preußen moralisch gebunden, es heiße auch hier: „ein Mann, ein Wort.“ In dem Vortrag des Berichterstatters seien die Vortheile des Handelsvertrages mit Südschweigen übergegangen; er wolle aber nur auf Eines aufmerksam machen: der mit dem Handelsvertrag zusammenhängende Schiffahrtsvertrag biete den deutschen Küstenstaaten ganz enorme Vortheile. Darum müsse man im Interesse der Einheit, der Erhaltung des Zollvereins den Minoritätsantrag, welcher den Handelsvertrag seiner überwiegenden Vortheile wegen aufrecht erhalten wissen wolle, annehmen.

Hänke von München: Preußen habe kein unbedingtes, sondern nur ein bedingtes Mandat gehabt. Ein weiterer Grund zur Ablehnung seien die nachträglich von Preußen zugesandenen einzelnen Tarifiermächtigungen, die in einzelnen Fällen bis 50 Proz. betragen. Die ablehnenden Regierungen seien daher in ihrem Recht gewesen. Es würde ihn tief schmerzen, wenn ein deutscher Handelstag zu einer so unbedingten Sache, wie die Ausschließung Oesterreichs, das in materieller Beziehung uns so nötig sei, die Hand biete. Diese Bestimmung des Art. 31 müsse verworfen werden, wenn der Zollverein erhalten werden, wenn nicht ein großer Risik durch das deutsche Vaterland gehen soll.

Der Schluss der Diskussion wird verlangt. Als der Präsident zur Abstimmung zunächst über §. 1 des Majoritätsantrags schreiten will, macht Meier aus Bremen darauf aufmerksam, daß zunächst über das Amendement (den Minoritätsantrag) abgestimmt werden müsse, keinesfalls aber über die einzelnen Paragraphen des Majoritätsantrags vorher abzustimmen sei. Mehrere Redner verlangen das Wort, und es wird bestimmt, daß über die Anträge im Ganzen gesprochen und abgestimmt werden soll.

Zunächst erhält demnach noch das Wort Funke aus Hagen, der sich gegen den Handelsvertrag erklärt. Daß Frankreich sein Markt verschließen, sei nicht zu befürchten, da unsere Waaren dann einfach auf dem Weg über England doch Eingang fänden. Als Redner auf weitere in der Debatte schon erwähnte Punkte eingehen will, erhebt sich allgemeiner Schlußruf.

Direktor v. Kar mar sch aus Hannover setzt in einer längeren Einleitung auseinander, daß er einen ganz unparteiischen Standpunkt einnehme, erklärt sich dann aber in ziemlich gereizter Weise, die ein österes Zischen und Murren eines Theils der Versammlung hervorruft, als Gegner des Vertrages. Der Zollverein müsse vor Allem erhalten werden; man müsse dazu aber auch wirklich wollen, und nicht bloß patriotische Phrasen machen. Bloß Bayern und Württemberg hätten bis jetzt durch ihr Votum diesen Willen gezeigt. Preußens Ehre sei gar nicht verpfändet, wie man behaupte. In der weiteren Ausführung wird der Redner von fast allseitigem Schlußruf unterbrochen. Er schließt mit der Aufforderung, möglichst wirksame einmütige Resolutionen zu fassen, keine kraftlosen, abgeschwächten, weil dadurch der Handelstag sein eigenes Todesurtheil unterzeichne.

Der Schluss der Debatte wird vielfach verlangt und von der Mehrheit der Versammlung angenommen. Der Berichterstatter P u s ch er erhält noch das Schlusswort, spricht sich gegen das absolut ablehnende Amendement der Oesterreicher aus, bekämpft die Minoritätsresolution als eine „wasserige“ und empfiehlt den Majoritätsantrag, eventuell das Poppen'sche Amendement.

Es wird hierauf zunächst über das Amendement der Oesterreicher, als das am meisten von dem Majoritätsantrag abweichende, abgestimmt und dasselbe mit 138 gegen 60 Stimmen abgelehnt; für dasselbe stimmten die Oesterreicher und ein Theil der Bayern und Württemberger. Hierauf wird der gerade Gegensatz dieses gefallenen Antrags, der Schlußsatz des Minoritätsantrags: „das schleunige Zustandekommen des Handelsvertrages darf nicht in Frage gestellt werden“ zur Abstimmung gebracht. Es sind 196 Korporationen vertreten; davon stimmen 100 für, 96 gegen den Antrag, der demnach zum Beschluß des Handelstags erhoben ist.

Ueber die Bedeutung und Tragweite der Abstimmung, ob damit auch zugleich die einleitenden Entscheidungsgründe des Antrags angenommen seien, oder ob noch die Erwägungsgründe der Majoritätsresolution nur in amenbirtir Form möglich seien, erhebt sich eine Debatte. Meier aus Bremen, Behr end aus Danzig und v. Beckerath aus Erfeld verwarren sich gegen jede Abstimmung über einen andern Antrag oder Entscheidungsgründe, die mit dem eben gefassten Beschluß nicht im Einklang ständen; die Bedeutung des Beschlusses sei ja durchaus nicht die, daß er die Erhaltung des Zollvereins gefährden solle. Rheingau um aus Frankfurt erklärt unter Beifall, daß der gefasste Beschluß vielmehr gerade die Erhaltung des Zollvereins voraussetze, denn ohne den Zollverein sei der Vertrag ja gegenstandslos.

Es werden hierauf die Entscheidungsgründe des obigen Beschlusses ebenfalls, und zwar mit 104 gegen 90 Stimmen, angenommen, und wird die Sitzung sodann 4 Uhr Nachmittags geschlossen.

Deutschland.

Karlsruhe, 18. Okt. Das heute erschienene Regierungsblatt Nr. 51 enthält (außer Personalnachrichten):

- I. Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. 1) Bekanntmachung des großh. Ministeriums des Innern: Die Staatsgenehmigung von Siftungen betreffend. 2) Bekanntmachungen des großh. Handelsministeriums: a) Die Errichtung einer Postalkalmehereie in Lohndau betreffend. b) Die Organisation des Post- und Eisenbahnbetriebs-Dienstes auf der Heidelberg-Mosbacher Eisenbahn betreffend.

II. Dienstereidigung. Die Amtsgerichtsarzts-Stelle in Salem.

Karlsruhe, 17. Okt. Laut des neuesten kirchlichen Berordnungsblatts sind ferner in Folge der von der Diözesansynode auf sie gefallenen Wahlen als Dekane befähigt worden: der bisherige Dekan Pfarrer Häusser in Egelsburs für Kork, Pfarrer Sachs in Deutscheneuth für die Landdiözese Karlsruhe, der bisherige Dekanalsverwalter, Stadtpfarrer v. Leuchsen in g für Weinheim, der bisherige Dekan, Stadtpfarrer Müller für Wertheim, Stadtpfarrer Dr. Jittel für Mannheim-Heidelberg, der bisherige Dekan, Kirchenrath Roth für die Stadt diözese Karlsruhe, und Stadtpfarrer Bischer für Hornberg. Dasselbe Blatt bringt eine oberkirchliche Verordnung, wornach die bis jetzt ausgelegten Kirchenvisitationen nunmehr von den neugewählten und befähigten Dekanen und zwar noch nach bisheriger Vorschrift

vorzunehmen sind, nur mit dem Unterschied, daß an die Stelle der bisherigen Assistenten nach §. 56 der Kirchenverfassung je ein geistliches und ein weltliches Mitglied des Diözesanausschusses zu treten haben.

Auch ist dieser Nummer des Blattes eine übersichtliche Darstellung über Einnahmen, Ausgaben und Vermögensstand u. f. w. der beiden Pfarrwitwen-Kassen beigegeben. Wir entnehmen daraus, daß der altbairische Fiskus in der Rechnungsperiode vom 1. Juni 1860—61 sich um 1461 fl. 16 kr., der Neubairische dagegen um 5403 fl. 18 kr. vermehrt hat. Jener besitzt ein Gesamtvermögen von 279,423 fl. 51 kr., dieser von 174,386 fl. 3 kr.

Mugsburg, 16. Okt. (A. Pfzgt.) Gestern Mittag langte eine telegraphische Depesche aus K a i s e r i m dahier an, die von einer Meuterei der dortigen Sträflinge meldete. Es gingen sofort 50 Mann Infanterie dahin ab, denen Abends noch weitere 50 Mann folgten.

Offenbach, 17. Okt. (Südd. Z.) Die durch die Doppelwahl des Hrn. F. A. Schäfer notwendig gewordene Neuwahl eines Abgeordneten ist heute Morgen vollzogen und Professor Hillebrand in Rödelheim, 1848 Landtagspräsident, zum Deputirten der Stadt einstimmig erwählt worden.

Frankfurt, 15. Okt. (Sch. M.) Die Entlassung des dänischen Botschafts-Gesandten v. Balow, welcher in medlenburg-strelitz'sche Dienste tritt, betrachtet man in hiesigen diplomatischen Kreisen als ein Zeichen, daß Dänemark auf dem Weg der Zugewandnisse, welche es wenigstens der Form nach gemacht, nicht weiter gehen will, da die vermittelnde Tendenz des Hrn. v. Balow allgemein bekannt war. Auf dem Weg, auf welchen die letzten Maßregeln der dänischen Regierung hinweisen, scheint Hr. v. Balow nicht folgen zu wollen. (Es verlautet neuerdings, die dänische Regierung wolle in kurzem mit Ausforderung Holsteins, beziehungsweise Einverleibung Schleswigs, definitiv vorangehen. Graf Friz v. Moltke, Bruder des früheren Ministers, soll zum Gouverneur von Holstein ausgerufen sein. Hr. v. Balow soll sich geweigert haben, diesen Schritt seiner Regierung in Frankfurt zu vertreten. Noch ein anderes, für Deutschland und die Herzogthümer wichtiges Ereigniß soll in Aussicht stehen. Erbprinz Ferdinand soll seiner Auflösung nahe sein, und Prinz Christian, der im Londoner Protokoll zum eventuellen Erbsfolger bestimmt ist, daher „Protokollprinz“ genannt, dadurch an die Reihe kommen. Es frage sich nun, wie der Deutsche Bund zu dem Londoner Protokoll, dem gegenüber er noch freie Hand hat, sich stellen werde.)

Frankfurt, 17. Okt. Der offizielle Bericht über die gestrige Bundestags-Sitzung enthält folgendes, über die von dem betreffenden Ausschuss in einer früheren Sitzung wegen Herbeiführung einer gleichförmigen Gesetzgebung, in den deutschen Bundesstaaten bezüglich des Nachdrucks, eingebrachten Anträge.

Es erfolgte in Gemäßheit derselben der Beschluß:

„In Erwägung, daß die Bundesbeschlüsse vom 9. Nov. 1837 und 19. Juni 1845, wie vom 22. April 1841 und 12. März 1857 in allgemeinen Grundbegriffen nur das geringste Maß des Schutzes festgesetzt haben, welcher innerhalb des deutschen Bundesgebietes den dort erscheinenden Zeugnissen der Literatur und Kunst gegen Nachdruck und sonstige mechanische Vervielfältigung, bezw. gegen unbefugte Nachbildung und Ausfertigung zu gewähren war, dieser Schutz aber in Folge des verschiedenen Ganges, welchen die Entwicklung der Spezialgesetzgebung und der Praxis in den einzelnen Bundesstaaten genommen, sich als unzureichend erwiesen hat, daher eine derartige Abweichungen ausschließende Spezialregelung der Nachdruckfrage dringend wünschenswert ist, beschließt die Bundesversammlung:

- 1) Einleitung zu treffen, um ein für sämtliche Bundesstaaten, gemeinames Gesetz zum Schutz des Urheberrechts an Werken der Literatur und Kunst gegen Nachdruck, sowie gegen unbefugte Nachbildung und Ausfertigung zu vereinbaren;
- 2) zu diesem Behuf eine Kommission von Sachverständigen mit dem Auftrag zu bilden, daß sie einen bezüglichen Gesetzentwurf auszuarbeiten und der Bundesversammlung zu weiterer Beschlussnahme vorzulegen hätte;
- 3) der Verabreichung dieser Kommission diejenigen beiden Entwürfe zu Grunde zu legen, welche die kais. österreichische und die königl. sächsische Regierung der Bundesversammlung mitgetheilt haben;
- 4) die höchsten und hohen Regierungen, welche geneigt wären, sich an der Kommission durch Abordnung von je einem Sachverständigen auf ihre Kosten zu beteiligen, zu ersuchen, hiervon der Bundesversammlung binnen vier Wochen nach gegenwärtigem Beschluß Kenntnis geben zu wollen; endlich
- 5) die Bezeichnung des Ortes und Termins für den Zusammentritt der Kommission späterer Beschlussfassung vorzubehalten.

Koburg, 17. Okt. (W. Z. B.) Nachmittags 3 Uhr hat die Königin Viktoria ihre Rückreise über Brüssel nach England angetreten.

Berlin, 16. Okt. (S. M.) Der König hat einer Deputation des Naugarder konservativen Vereins, der „Kreuz-Zig.“ zufolge, eingehend und ausführlich, wie folgt, geantwortet:

Es freut mich, eine Versammlung so vieler Gleichgesinnten aus den verschiedensten Theilen meiner Monarchie vor mir zu sehen. — namentlich in den jetzigen so schwierigen Zeiten. Es besteht eine enge Kette, so ernst, wie ich sie nicht erwartet habe, noch erwarten konnte. Von dem Augenblick an, wo ich die Regentschaft übernommen und die Regierung angetreten, habe ich meine volle Zuversicht auf das Vertrauen meines Volkes gesetzt. Aber meine damaligen Worte sind vielfach mißdeutet worden, weil sie durch eine irreführende Presse entstellt wurden. Ich war von der Nothwendigkeit durchdrungen, mein eigenes Werk, die Heeresreform, unternehmen zu müssen und zum Abschluß zu bringen. Gerade diesem meinem Werk wurden Hindernisse in unerwartetem Umfang entgegen gestellt. Was hilft aller augenblickliche Reichtum, aller Segen der Industrie, was helfen alle Güter, die Gott uns geschenkt hat, wenn kein Schutz dafür vorhanden ist, wenn sie bedroht werden? Selten aber ist ein Unternehmen so angegriffen worden, wie jenes zum Schutz und Wohl meines Landes von mir unternommene Werk. Freilich habe ich von meinem Volke dabei Opfer fordern müssen, aber nach meiner vollen Ueberzeugung keine Opfer, welche unerschwinglich wären, wie dies die Finanzdarlegung beweist. Wo sich wirk-

lich Härten zu zeigen schienen, bin ich bereit gewesen, sie zu mildern. Ich habe deshalb in die Aufhebung der Steuerzuschläge gewilligt. Ist mir dafür aber ein Dank zu Theil geworden? Im Gegentheil hat das Abgeordnetenhaus eine Adresse beschlossen, die nichts weniger als einen Dank enthält. Das schmerzt tief! Aber, wie Sie richtig bemerkt haben: nicht die Umformung des Heeres ist der eigentliche Angriffspunkt, sondern das Ziel liegt ganz wo anders. Die vorher verhaltenen Absichten haben die Waage wenigstens theilweise fallen lassen. Ich will meinem Volke die Verfassung unverkürzt bewahren; aber es ist mein unerlässlicher Beruf und mein unerlöschlicher Wille, die von meinen Vorfahren überkommene Krone und ihre verfassungsmäßigen Rechte unverkürzt zu erhalten. Dies ist nothwendig im Interesse meines Volkes! Dazu aber, so wie zum Schutze der vorerwähnten Güter, gehört ein festgefügtes, stehendes Heer und nicht ein sogenanntes Volkheer, das, wie ein Preuge zu sagen sich nicht geschämt hat, hinter dem Parolamente stehen müsse. Ich bin fest entschlossen, von den mir überkommenen Rechten nichts weiter zu vergeben. Sagen Sie Das Ihren Kommittenten. Sie wissen nun und hören, wie ich darüber denke. Sorge Jeder dafür, daß diese Auffassung in weiten Kreisen Verbreitung und Unterstützung finde. Wenn dies der Fall ist, so wird es auch wieder besser werden. Denn der allmächtige Gott hat immer über Preußen gewacht. Er wird uns auch ferner schützen. Preußens Lösung ist ja: Mit Gott für König und Vaterland!

Die Nachrichten von einer anderweitigen Besetzung des Handelsministeriums, sowie des landwirthschaftlichen Portefeuilles durch Hrn. v. Juttammer sind der „Zeitungskorrespondenz“ zufolge gänzlich unbegründet; ebenso die Behauptung, daß das Eisenbahn- und Postressort zum Finanzministerium geschlagen werden soll. — In der „Zeitungskorrespondenz“ lesen wir ferner: „Berliner Korrespondenten der auswärtigen Blätter berichten von Absichten zu Demonstrationen und allerlei außerordentlichen Maßregeln! So viel wir in Regierungskreisen bekannt sind, weiß man dort von Demonstrationen Nichts, wohl aber von dem festen Willen, die Autorität der Regierung durch entschiedene Bahrnehmung derjenigen Befugnisse, welche ihr aus Grund der bestehenden Gesetze in verschiedenen Richtungen zustehen und deren Gebrauch in schlaffer Praxis viel verkannt worden ist, jetzt mit aller Energie zu wahren.“ — Nach der „Vollzeitung“ ist eine neue „patriotische Vereinigung“ im Sinne der „Kreuzzeitung“ hieselbst gebildet, welche ein Programm erlassen hat und heute Abend beim General v. Holleben ihre erste Versammlung halten wird. — Hier wie in den Provinzen mehrten sich die Konfiskationen der Blätter.

Die „Kreuzzeitung“ widerspricht den Gerüchten von beabsichtigten Demonstrationen; die Regierung werde die Autorität durch entschiedene Wahrnehmung derjenigen Befugnisse, welche ihr aus Grund der bestehenden Gesetze in verschiedenen Richtungen zustehen, jetzt mit aller Energie zu wahren. — Der evangelische Kirchentag in Brandenburg hat wieder einen Protest gegen die Spielbanken erhoben.

Wien, 15. Okt. Durch die jüngsten Erscheinungen auf dem handelspolitischen Gebiete Deutschlands und Oesterreichs glauben sich die „Neuen Nachrichten“ zu dem Anspruch berechtigt zu halten, daß die Ansicht, die dieses Blatt vom Beginn der gegenwärtigen handelspolitischen Frage an vertreten habe, bereits allgemein zum Durchbruch gelangt sei, die Ansicht nämlich, daß der Abschluß des französisch-preussischen Handelsvertrages ganz gut vereinbar sei mit den wohlverstandenen staatswirthschaftlichen Interessen Oesterreichs, beziehungsweise mit der Fortentwicklung des zwischen Oesterreich und Deutschland bestehenden Zoll- und Handelsvertrages im Wege einer neuerlichen Tarifrevision. Zur Begründung dieser Behauptung weist das Blatt einerseits auf die Anträge hin, die der Ausschuss des deutschen Handelstages zur Beratung einbringt, andererseits aber auf die bereits bekannte Resolution, welche vor wenigen Tagen die Generalversammlung des Vereins der österreichischen Industriellen gefaßt hat. — Anknüpfend an die Anträge des Ausschusses des deutschen Handelstages glaubt der „Wanderer“, daß der Münchener Handelstag durch seine Beschlüsse an der gegenwärtigen Lage nicht viel ändern könne. Die Frage über Anerkennung, Zurückweisung oder theilweise Abänderung des Handelsvertrages bleibe so zu sagen eine häusliche Angelegenheit des Zollvereins, zu deren Entscheidung die jetzt außerhalb des Vereins stehenden, Oesterreich einbezogen, nicht thun können. Das Ministerium Schmerling habe ein äußerst schwieriges Werk unternommen, als es dem französisch-preussischen Handelsvertrag durch seine Vorschläge an den Zollverein entgegen trat; es sei vielleicht jetzt nur noch die Frage, wie den Plan, der auf so mächtige Hindernisse stößt, mit Aufstand fallen zu lassen.

Wien, 17. Okt. Veranlaßt durch eine Anfrage des Abg. Schindler über die Natur der Verhandlungen zwischen der Regierung und einigen ungarischen Partiführern bemerkte Staatsminister v. Schmerling in der gestrigen Sitzung des Finanzausschusses: Das Ministerium befände sich, was die ungarischen Angelegenheiten betreffe, in der vollsten Uebereinstimmung; das ganze Ministerium stehe auf dem Boden der Verfassung vom 26. Februar; alle anderen Personen, die in der letzten Zeit auf's Tapet gebracht worden seien, gehören in das Gebiet der Konfiskationspolitik, und entbehren jeder realen Grundlage. Unterhandlungen mit einer oder der andern politischen Partei in Ungarn hätten keine haltgefunden, und was etwa in dieser Beziehung zur Veröffentlichung gelangte, sei einfach auf die Thatsache zurückzuführen, daß Personen höher und niederen Rangs, bisher jedoch erfolglos, einen Einfluß auf den neuern Gang und die weitere Entwicklung der in Rede stehenden Frage zu erlangen suchten. Was die siebenbürgische Frage betrifft, so sei der Minister in der Lage, die herbührenden Versicherungen geben zu können; die Persönlichkeit des siebenbürgischen Hofkanzlers sei eine Bürgschaft dafür, daß die Lösung dieser Frage bald und in erwünschter Weise erfolgen werde, und er hoffe, die nächste Reichsraths-Session werde nicht eröffnet werden, ohne vorhergehende Einberufung des siebenbürgischen Landtags. Auf die weitere Frage des Abg. Bi-

Hof Litwinski: was von den vielfachen Zeichen einer Differenz zwischen dem Ministerium und dem ungarischen Hofkanzler zu halten ist, eingekerkert der Staatsminister: „Die Minister des Kaisers kennen sammt und sonders nur eine Politik und diese ist die ihres kaiserlichen Herrn. In dieser Beziehung gibt es keine Differenz. Was das unlängst in den Zeitungen veröffentlichte Schreiben des Grafen Forgach (an eine Komitatsnobilität) betrifft, so seien Privatbriefe Privatangelegenheiten und gehören nicht in das Ressort seiner (des Hofkanzlers) Verantwortlichkeit.“

Italien.

* Turin, 15. Okt. Man meldet von „Offiziell. Hg.“ aus Foggia, 14. d. Auf allen Punkten gleichzeitig gesalzen und von Hunger erkrankt, sind die Mäuler bereit, sich zu ergeben. Die 120 Mann starke Bande Caruzo's hat sich heute bei Castellano einer Kompagnie Infanterie zur Beibehaltung gestellt. Man hofft, dasselbe von der Bande Gelagnas, die von der Nationalgarde entfaltete Energie verdient das größte Lob.

Die bei Anprotonte gefangen genommenen und von den Gerichten zum Tode verurtheilten Deserteure sind gestern durch königl. Dekret zu lebenslänglichem Gefängnis begnadigt worden.

* Rom, 16. Okt. Heute Morgen hat der Kardinal-Erzbischof von Neapel die kirchliche Trauung der Prinzessin Annunziata mit dem Erbprinzen Karl von Österreich, welcher durch den Grafen v. Tripiani vertreten wurde, im Duomo vollzogen. König Ludwig von Bayern, die Königin-Mutter von Neapel, der österreichische Gesandte und andere fremde Vertreter wohnten dieser Feierlichkeit bei.

Frankreich.

* Paris, 17. Okt. Marshall Randon hat es durchgesetzt; General Montanban hat die Lyoner Kommandantenschaft eben so wenig erhalten, als J. die Valais-Delegation. Heute bringt der „Moniteur“ die Ernennung des Marshalls Canrobert an Stelle des verstorbenen Marshalls Castellane; in Nancy wird der Marshall durch den Marshall Mac Mahon ersetzt. — Mit dem bevorstehenden Austritt des Herrn Verigny beschäftigt man sich fortwährend und neuerdings wird heute versucht, der Minister des Innern habe seine Entlassung angeboten, welche dießmal angenommen worden sei. Hr. Drouyn de L'Huy wird in einem diplomatischen Rundschreiben an die französischen Agenten im Ausland die politische Bedeutung seiner Ernennung zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten auseinandersetzen. Gleichzeitig wird, wie ich versichern höre, zu Turin ein Manifest vorbereitet, worin erklärt werden soll, daß der Wechsel des französischen Ministers des Aeußern durchaus keine Politik andeute, welche ein Aufgeben Roms als italienische Hauptstadt bedinge. Sollte das Turiner Kabinett wirklich zum zweiten Male den Fehler Durando's begehen, so wäre dies ein Zeichen, daß es von den Tuilerien nichts mehr zu erwarten und alle seine Hoffnungen auf England, gesetzt hat. Uebrigens ist in Turin, wie hier, das Gerücht vom Austritt Mattazzi's stark verbreitet und wird geglaubt. Morgen versammelt sich der italienische Ministerrath, um über die Sachlage zu beraten. Hr. v. Lavallette scheint in völlige Unnade gefallen zu sein und wird bis auf Weiteres keine andere Verwendung erhalten. Auch Benedetti wird für einige Zeit im Verfügungsstande belassen werden. — Zum ersten Gesandtschaftssekretär in Rom ist definitiv Hr. v. Mourou ernannt sein Vater war neapolit. Finanzminister unter Murat. — Hr. Drouyn de L'Huy's arbeitete gestern mit Hr. Thouvenel und hat heute um 1 Uhr alle Bureauchefs des Ministeriums empfangen. Hr. Thouvenel ist nach seinem Gute Boury-Genettes (Dep. Seine-et-Marne) abgereist. Wie man versichert, wird Hr. v. Banneville politischer Direktor im Ministerium des Auswärtigen bleiben, als Kabinetdirektor des neuen Ministers bezeichnet die „France“ Baron v. André. — Die heutige Börse eröffnete sehr fest. Rente stieg auf 71.70, um jedoch gegen den Schluss auf 71.25 zu fallen. Nov. 1182-50 nach 1200. Ital. Anl. 72.70 nach 73.10.

Großbritannien.

* London, 16. Aug. Aus Birkenhead telegraphirt man von gestern Abend 10 Uhr: Die „Parliamentary Debating Society“ versuchte heute Abend das unlängst unterbrochene Garibaldi-Meeting fortzusetzen. Wie man vorausgesehen hatte, war ein großartiger Krawall die Folge davon. Ungehobene Massen von Irländern wählten sich durch die Straßen, die zu dem Schulgebäude führen, worin die Versammlung stattfand. Alle Zugänge des Gebäudes waren hart von Polizei bewacht. Hier- bis hundertbesonderer Spezial-Constabler unterstützten die Polizei in ihren Anstrengungen, den Pöbel im Zaum zu halten; aber trotzdem wurden mehrere Personen schwer verwundet. Viele Irländer waren mit Knäueln, alten Säbeln, Messern u. s. w. bewaffnet. Selbst Weiber wirkten während mit, und eine Furie griff einen Polizeimann mit einer Ert an. Um die Aufmerksamkeit der Polizei abzulenken und die Lust zu veräußern, hätten die Irländer in den meisten Häusern ihres Viertels die Kamme in Brand gesetzt. Die Straßen füllten sich schnell mit dichtem Rauch, unter dessen Schutz viele Gewaltthaten und Verbrechen gegen Personen und Eigentum begangen wurden. In zwei Ecken wurden die Scheiben eingeschlagen, und alle Waaren auf die Straße geworfen. Bei einigen dieser Erzeße waren Weiber und Mädchen thätig. Drei Polizeibeamten wurden in's Hospital gebracht. Die Friedensrichter hielten Sitzung, und wenn die Anklage schlimmer werden sollte, wird das in Bereitschaft stehende Militär aufgebieten werden.

Der katholische Geistliche, Namens Bruneritt, von dessen aufreizender Ansprache an den Pöbel mehrere Blätter Notiz genommen haben, schreibt an den „Liverpool Mercury“, er sei verkleumdet worden, fügt aber hinzu:

Es ist wahr, ich jagte den Leuten, sie sollten nach Hause gehen, und ich nannte den Garibaldi einen Lumpenbuhl! Es kann sein, daß ich ihn auch ein Maler nannte, obgleich ich es nicht glaube; ich muß gerade

beausagen, daß ich die Schuld an diesem Krawall nicht den Katholiken beimesse. Wenn irreguläre Fanatiker solche Meetings veranstalten, so müssen sie die Folgen verantworten. Sie sagen, daß sie wieder ein Meeting vorhaben. Dann verspreche ich ihnen, in meinem Namen und dem meiner Kollegen, daß wir nicht wieder die Rolle von Polizeimännern übernehmen wollen. Wir diejenigen, die den Sturm erregt haben, sind auch beschworen!

In Bradford hatte der Mayor sich geweigert, ein Garibaldi-Meeting einzulassen. Das Meeting sollte ohne den Vorsitz des Mayors im sogenannten Mechanics-Institut stattfinden, als die Direktoren den Veranstalter einen Strich durch die Rechnung machten, indem sie das Gebäude ihnen nur unter der Bedingung einräumen wollten, daß sie eine Bürgschaft für den etwaigen Schaden, den das Haus leiden könnte, übernehme. Die Irländer in Bradford scheinen also auch nicht in besserem Ruf zu stehen als die in Birkenhead. In dem fashonablen Badeort Brighton dagegen nahm der Mayor seinen Anstand, einem Garibaldi-Meeting zu präsidieren. Es fand am Dienstag statt, und die beiden Unterhausmitglieder für Brighton, Coningham und White hielten bei dieser Gelegenheit recht ungebundene Reden gegen die Franzosen in Rom.

Baden.

* Karlsruhe. Schon mehrere Winter bedankt unsere Hauptstadt der allerhöchsten Fürsorge den Ehrlich geistvoller und belehrender Vorträge aus den verschiedensten wissenschaftlichen Gebieten. Diesen sollen sich nun in diesem Winter Vorlesungen über Aesthetik anschließen, gleichsam eine theoretische Begründung der hiesigen Kunststrebungen. Es ist ja seit zwei Jahren das rühmreiche Bestreben unseres edlen Fürsten gewesen, unserer Stadt einen hervorragenden Ehrenplatz in Deutschland auch in künstlerischer Beziehung zu sichern.

In Folge Allerhöchster Entschliessung Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs ist nun Professor Ludwig Cäcili von der Generalabministration der groß. Kunsthallen beauftragt worden, mehrere Winter hindurch — vom November bis mit März — über Aesthetik und Kunstgeschichte öffentlich zu lesen. Der Name des Vortragenden, der uns als Redner bei der letzten Fichte-Fier bereits bekannt geworden ist, eine Reihe von Jahren an der Hochschule in Bern, später in Luzern gewirkt hat, und als Aesthetiker wie als Dramatiker einen höchst ehrenvollen Ruf besitzt, dürfte für das Gelingen des Unternehmens bürgen.

Diese Vorträge, zunächst 18 bis 20 für den kommenden Winter, finden jeweils wöchentlich einmal, und zwar Montag Abends um sieben Uhr, im Saal des groß. Hoftheaters statt, und ist zu ihnen den Vorständen der hiesigen Kunsthallen, den Kunstschülern, den Mitgliedern des groß. Hoftheaters und der Hofkapelle der freie Zutritt gestattet. Der von groß. Hof, den Geladenen und den gebachten Künstlern nicht in Anspruch genommene Raum, etwa 150 Plätze, wird dem Publikum zum freien Zutritt geöffnet und ist eine Einzigeinmündigkeit in der A. Bielefeld'schen Hofbuchhandlung zu diesem Zwecke niedergelegt. Sämmtliche, mit der Hofkapelle verbundenen Kosten werden von dem Großherzog aus höchstliberalen Handhabungen getragen.

Die Vorträge über Aesthetik, welche den ersten Kurs bilden sollen, werden zunächst folgende Punkte betreffen: 1) Begriffsbestimmung der Aesthetik als der Wissenschaft des Schönen. — Gott, der Quell der Schönheit und des Schaffens. — Das Wesen des schöpferischen Genies überhaupt. — Die Schöpfung als Kunstwerk betrachtet. — Das Schöne in Natur und Geschichte. — Die ästhetischen Begriffe des Schönen, des Anmutigen und des Großen, des Erhabenen und des Tragischen, des Naiven, des Hässlichen und seiner Pflückung im Komischen, des Dummen als der Bereinigung der Tragik und Komik. — Uebersicht der höchsten Weltanschauung und Kunstanschauung.

2) Der schöpferische Drang im Menschen und der Ursprung der Kunst. — Epikologie des Künstlers, Eide in seine Seele vor, während und nach dem Schaffen. — Genie und Talent. — Der Idealismus, — Bestimmung und Wesen der Kunst. — Die Frage der Tendenz. — Ästhetische Bestimmungen zum Blick der Kunst und der einzelnen Künste; Nachahmung, Verfall. — Das Kunstwerk und seine Hauptmomente: Idee, Stoff, äußere Form, innere Form, Bedeutung des Stoffes und der Form. — Rechnit und Mithras. — Styl und Manier. — Idealismus und Realismus und ihre Verhältnisse im Idealismus. — Antike, romantische und moderne Kunst in ihren Grundzügen. — Der Geschmack und der Kunstsinne; Rechte und Pflichten des Publikums dem Künstler gegenüber.

3) Schilderung der neuen Kunst in Künste. Betonung der Einheit derselben trotz der Verschiedenheit der Darstellungsarten des Ideals. Eintheilung der Künste.

Nach diesen einleitenden Betrachtungen, welche heils mit Beispielen aus der Kunstgeschichte begleitet und sachlich gehalten sein werden, folgen die einzelnen Künste: Architektur, Plastik, Malerei, Musik (Vortrag), Poesie (Schauspielkunst), ihrem Wesen, ihren Gelehen nach ausführlich besprechen; ihre Arten sollen dargestellt, die einschlagenden ästhetischen Begriffe erläutert werden.

So vorbereitet, kann im folgenden Winter das Gebiet der Kunstgeschichte betreten werden, die Weltgeschichte der Kunst, denn der Vortragende wird alsdann nicht bloß die bildende Kunst allein, sondern sie gleichzeitig mit der Musik und Poesie behandeln und ihre gegenseitigen Verhältnisse durch die Zeiten der Geschichte hindurch beleuchten und das auf kulturhistorischer Grundlage.

Die Durchführung dieses in seiner Art ersten Versuches dürfte für das Publikum, das ihn mit Verständnis begleitet und durch rege Theilnahme beehren und fördern kann, von Interesse sein.

Der erste Vortrag findet wahrscheinlich Montag den 17. November, um ein Uhr, im großen Saal des Hoftheaters statt. An einer regen Theilnahme an diesen der Kunst und ihrer Pflege gewidmeten Vorträgen ist bei der lebhaften Theilnahme, die unsere Residenz noch immer ähnlichen Vorlesungen geschenkt hat, und dem hohen, von edelsten Intentionen ausgehenden Wunsche des Unternehmers nicht zu zweifeln.

* Pforzheim, 17. Okt. Im Gange unserer Indurie ist wieder etwas mehr Leben bemerkbar. Das Vertrauen ist in der Schatzkammer wieder etwas mehr festgesetzt zu haben, als seit Jahren der Fall war. Doch gilt dies nur hinsichtlich einzelner Abtheilungen, d. h. einzelner Länder. Von Nordamerika kann man dieses natürlich nicht sagen; dagegen ist natürlich in Deutschland selbst der Markt für die hiesigen Bijouteriewaaren wieder ein ergebigerer geworden sein. Es dürfte auch gar nicht zu bezweifeln sein, daß die Londoner Indusriefabrikation ebenfalls ihre guten Folgen bezüglich der hiesigen Fabrikation haben wird, da

es Thatsache ist, daß um die vor vielen Zollvereins-Gegenständen so günstig aufgestellten Pforzheimer Bijouteriewaaren sich immer ein ansehnliches Publikum versammelt hatte.

* Freiburg, 16. Okt. Der Freiburger Hg. zufolge wird der neuberufenen Professor K u m a u l erst im Laufe des Winters hier eintriften, da er seine Entlassung aus dem bayrischen Staatsdienst noch nicht erhalten konnte. Bis zu seinem Eintreffen wird Prof. Spiegelberg die Leitung der med. Klinik übernehmen.

* Mannheim, 18. Okt. Der Gewerbeverein hat sich für die Pflicht, eine größere Ausdehnung zu nehmen, und die von dem neuen Gewerbegesetz vorgesehene Stellung einer Gewerbetammer für sich zu erstreben, wenn der Gewerbestand es wünscht. Diefem Wunsche wurde in der gestrigen Generalversammlung des Gewerbevereins, zu welcher die Gewerbetreibenden der hiesigen Stadt eingeladen, leider aber nur spärlich erschienen waren, Ausdruck gegeben. Nach längerer Erörterung, wobei ein Antrag, dahin gehend, aus Mitgliedern des gesammten Gewerbeverbandes, ohne Rücksicht darauf, ob solche Vereinsmitglieder seien oder nicht, eine Kommission zu erwählen, welche die neuen Statuten auszuarbeiten und einer weiteren zu berufenden Versammlung von Gewerbetreibenden zur Beratung und Beschlußfassung vorzulegen habe, verworfen worden war, wurde beschlossen, den Vorstand des Gewerbevereins mit diesem Beschlusse zu betrauen und demgemäß Vorklage zu machen. Der Entwurf dieser Statuten soll allen Gewerbetreibenden hiesiger Stadt einige Tage vor der zu berufenden Versammlung im Drucke eingehändigt werden.

* Heidelberg, 17. Okt. Wie man dem „Schw. Mer.“ meldet, wird die Eröffnung der Heidelberg-Rosbacher Bahn am 22. Okt. stattfinden, und am 1. Novbr. der regelmäßige Verkehr beginnen.

Vermischte Nachrichten.

* Wien, 16. Okt. Die neue Pariser Directrix im Kunst- und Musikleben soll schon Anfangs November im hiesigen Hofopertheater in Wirklichkeit treten, da sämmtliche Instrumente bereits abgeliefert wurden.

* London, 15. Okt. In der vorletzten Nacht fand bei Wincoburgh, zwischen Gwinburg und Glasgow, ein Zusammenstoß zweier Eisenbahnzüge statt. 15 Personen waren auf der Stelle todt geblieben, 2 andere sind im Laufe der Nacht gestorben, und an 100 Jnd mehr oder weniger schwer beschädigt. Ein zweiter Eisenbahn-Unfall ereignete sich gestern auf der neuen Bahn nach Dover. Die Lokomotive sprang bei einer starken Biegung aus den Schienen ab, und tödtete im Ueberstürzen den Maschinenführer. Ein Schicht-Niemand erheblich beschädigt worden zu sein.

Ueber die österröchten massenhaften Menschen schlächtereien am Hofe des Königs von Dahomey (Afrika) liegen neue interessante Berichte eines in Popo angesehnen holländischen Kaufmannes, Namens C u s h a r t, vor. Dieser hatte Anfangs Juli eine Reise nach Dahomey unternommen, und aus seinem Berichte an das Missionshaus von Popo theilen wir folgendes mit. Am 30. Juni kam er nach der königl. Residenz, woselbst er von zwei Beamten mit der Bemerkung empfangen wurde, der König setze sich um so mehr, einmal einen lebenden Holländer zu sehen, als er eben Gelegenheit habe, ihm ansehnliche Opfer zu zeigen. Am 1. Juli wurde er vom König selbst empfangen. Der sah auf einer Plattform vor seinem Palaste, umgeben von Amazonen, drückte ihm nach europäischer Sitte die Hand und unterhielt sich mit ihm 10 Minuten lang in portugiesischer Sprache. Hierauf wurde ihm angeheut, sich nach seinem Hause zu begeben und es während der folgenden drei Tage nicht zu verlassen. Am 5. Juli wurde er wieder nach dem großen Plage geführt, woselbst die Nacht über viele Menschen geschachtet worden waren. Das Erste, was er sah, war die Leiche eines Missionars aus Sierra Leone, Namens William Doherty. Sie war an einem Baum gekreuzigt und zwar mit einem Nagel durch die Stirne, einem andern durch die Brust, und je einem durch Hände und Füße. Unter dem linken Arm lag das Gemordeten großer Haumwoll-Regenschirm. Der König lag wieder auf der Plattform, von wo er kriegerische Reden hielt, vor ihm eine ganze Reihe frisch abgetragener Köpfe und der ganze Platz mit Blut überschwemmt. Wieder wurde Hr. Cuschart nach seiner Wohnung geleitet, mit der Mahnung, sie nicht vor Sonnenuntergang zu verlassen und nicht auf die Straße zu schauen. Das that er denn auch, und erst am 10. brachte man ihn wieder auf den Marktplatz vor dem König. Diesmal wurden drei Ibhaga-Hauptlinge vor seinen Augen geköpft. Nachdem dies geschehen, wurden 24 Köpfe herbeigeschleppt, in deren jedem ein Gefangener darartig untergebracht war, daß nur sein Kopf herauschaute. Die Köpfe stellte man erst vor den König auf die Plattform, dann warf man sie der heulenden und tanzenden Volksmasse zu, welche rasch mit dem Köpfe der Unglücklichen fertig wurde. Der einen Kopf erhaltene und einen Kopf abließ, erhielt ungefähr 20 Silbergeschenke Belohnung. Am 11. hntliche Szenen. Dann saßen die Opfer 10 Tage lang, schrien jedoch während der Nächte fortgesetzt worden zu sein. Die größte Schlächterei sah unser Holländer am 22. Juli. Bei dieser Gelegenheit waren vor dem Palast drei Gefangen errichtet worden, auf deren jeder sich 16 zum Tode bestimmte Menschen und 4 Pferde befanden. Auf einer dritten, im Innern des Palastes errichteten befanden sich 16 Frauen, 4 Pferde und ein Alligator. Es waren sammt und sonders Leute aus Sierra Leone, die in Ibhaga gefangen worden waren. Europäisch gekleidet saßen je 16 gebunden um einen Tisch. Sie mußten auf des Königs Gesundheit trinken, welcher seine Armee (bestehend aus etwa 40,000 Mann, 10,000 Amazonen, mit 24 Geschützen und sämmtlich mit Feuerwaffen ausgerüstet) Revue passieren ließ, und ihnen neue Beutezüge versprach. Den Schluss bildete die Abglachtung der Gefangenen und der Pferde, wobei sorgfältig darauf gesehen wurde, daß sich das Blut aller dieser Opfer mische.

Verantwortlicher Redakteur:

Dr. H. Herm. Kroenlein

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag 19. Okt. 4. Quartal. 112. Abonnementsvorstellung. Der Prophet; große Oper mit Ballet in 5 Akten, nach dem Französischen des Scribe, deutsch bearbeitet von Hellstab, Musik von Giacomo Meyerbeer.

Dienstag 21. Okt. 4. Quartal. 113. Abonnementsvorstellung. Minna von Barnhelm, oder: das Soldatenglück; Lustspiel in 4 Akten, von Lessing.

Theater in Baden.

Mittwoch 22. Okt. Die Journalisten; Lustspiel in 5 Akten, von Gustav Freitag.

